

**Zeitschrift:** Der Kreis : eine Monatsschrift = Le Cercle : revue mensuelle  
**Band:** 27 (1959)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Debatte im englischen Unterhaus  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-567334>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 02.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Debatte im englischen Unterhaus

Nun hat also endlich im englischen Unterhaus die Debatte über den «Wolfenden Report» (Homosexualität und weibliche Prostitution) stattgefunden. Was leider zu erwarten stand, ist eingetreten: eine Aenderung der Strafbestimmungen gegen gleichgeschlechtliche Erwachsene, die in gegenseitigem freiwilligem Einverständnis handeln, ist nicht erreicht worden. Mit der einfachen Erwähnung dieser bedauerlichen Tatsache könnte man das Wolfenden-Kapitel, zu dem der «KREIS» wiederholt Stellung nahm (zuletzt in einem ausgezeichneten, aus dem Englischen übersetzten Beitrag im Dezemberheft 1958), eigentlich abschliessen. Aber bei diesem negativen Entscheid im englischen Unterhaus kamen in der Diskussion eine Reihe von Dingen zur Sprache, die über das nur England Betreffende hinaus von grosser Bedeutung und ebensolchem Interesse für unsere Schweizer Abonnenten sein sollten, dass wir noch einmal darüber berichten.

Eine wirklich blutige Ironie des Schicksals wollte es, dass einige Tage vor der Diskussion über die Frage der Homosexualität im Unterhaus, Englands viertwichtigster Politiker, *Ian Douglas Harvey*, Unterstaatssekretär im britischen Aussenministerium, in die Maschen dieses überlebten Gesetzes geriet. — Mr. Harvey wurde zusammen mit einem 19jährigen Soldaten der englischen Garde von einem Polizisten in einem Londoner Park verhaftet, weil er «gegen die Parkordnung» verstossen hatte. Harvey ist 44 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Ob diese Sistierung damit zu tun hatte, dass dann in der Debatte im Unterhaus die «Korruption der Jugend» so stark vom Regierungssprecher betont wurde, sei dahingestellt. Es bleibt die Tatsache eines führenden Politikers und Familienvaters, der sich mit einem Minderjährigen einlässt. Der Minderjährige ist Soldat. Aber trotzdem ist er noch als Jugendlicher durch das Gesetz geschützt. Wenn ihn aber seine Regierung nach dem Unruheherd Cypern schicken würde und er dort sein Ende finden sollte, wäre er für den «Heldentod» alt genug. Denn: dulce et decorum est pro patria mori, auch wenn man für sich selbst noch nicht das Verfügungsrecht über seinen Körper hat. Doch das nur *en passant*. — Ueber den Ausgang des Prozesses gegen Harvey berichten wir im Anschluss an diesen Artikel. —

Es waren im letzten Jahr viele mahnende und klärende Stimmen in England (auch von Seiten der Kirchen) zu hören, deren Hauptargument oft war, dass man geschlechtliche Dinge zwischen Erwachsenen zwar als «Sünde» ansehen könne, aber nicht als «Verbrechen» gesetzlich bestrafen müsse, wenn man lediglich *einen* Sektor der Bestrafung aus *moralischen* Gründen heranzieht (den der mann-männlichen Beziehung), dagegen die lesbische Liebe und vor allem den Ehebruch und den ausserehelichen Geschlechtsverkehr ausser Strafe lässt. Ueber die «Unmoral» oder zersetzende Wirkung dieser anderen Dinge ist in der Debatte wohlweislich nicht gesprochen worden.

Man fragt sich verzweifelt, ob das je einmal anders werden wird. Diebstahl, Mord und Erpressung schaden auf der ganzen Welt gleichviel und werden *überall* geahndet. Auch Spionage, die einem *Land* schadet, wird überall gleich geahndet. Aber das Schlafzimmer erwachsener Menschen wird nur an die Oeffentlichkeit und an den Pranger gezerzt, wenn es sich in England um zwei Männer handelt.

Zitieren wir nun den englischen Staatssekretär *Mr. Butler*, der für die Regierung sprach: «Eine homosexuelle Vereinigung, und er hätte gehört, dass es solche gäbe, würde leicht dazu neigen, jene an sich heranzuziehen und zu korrumpieren,

die gewöhnlich von Natur aus bisexuell wären, also durchaus in der Lage, ein normales Leben zu führen, aber durch Neugierde, Schwäche, oder in einigen Fällen aus Geldmotiven in homosexuelle Gesellschaft gebracht würden.» Ihm sei klar, sagte *Mr. Butler* weiterhin, nachdem er diese ganze Angelegenheit überdacht hätte, dass ein grosser Teil der Bevölkerung aufs stärkste die männliche Homosexualität ablehnte. Der Moralbegriff dieses Teils der Bevölkerung würde durch eine Gesetzesänderung schwer angegriffen werden, die eine Duldung von etwas andeutete, das sie als grosses Volksübel ansähe. Diese Ueberlegungen hätten die Regierung veranlasst, festzustellen, dass es jetzt noch nicht berechtigt sei, auf Grund geäusselter Meinungen, eine Gesetzesänderung herbeizuführen.

Die Konservative Partei Englands sieht sich im nächsten Jahr Neuwahlen gegenüber; es ist also bis zu einem gewissen Grad verständlich, dass sich die Konservativen nicht die Finger verbrennen wollen. Aeusserst geschickt erwähnt *Mr. Butler* die Gefahren, die *Bisexuellen* drohen können. Ein geschickter Schachzug, denn sonst hätte ja ein anderer Abgeordneter *Mr. Butler* auf den ihm sicher unbekanntem Ausspruch Sigmund Freud's hinweisen können, der einmal gesagt hat, dass es ebenso schwer wäre aus einem Heterosexuellen einen Homosexuellen zu machen wie aus einem Homosexuellen einen Heterosexuellen. Nach *Mr. Butler* ist ein Bisexueller (jener ohnehin am schwersten definierbare Begriff) von Neugierde, Schwäche oder Geldinteressen motiviert, wenn er homosexuelle Gesellschaft sucht. Man könnte sagen: alias gibt es überhaupt keinen Bisexuellen, wenn er nur «motiviert» denkbar ist.

Aber wesentlich unguter ist *Mr. Butlers* Satz, dass keine Gesetzesänderung zur Zeit möglich ist, weil ein grosser Teil der Bevölkerung *noch* den homosexuellen Verkehr als zersetzend, d. h. also als strafbar ansieht. Hier begibt sich *Mr. Butler* auf das gefährliche Gebiet der «Stimme des Volkes». Die schlimmsten Folgen von Gesetzgebungen auf Grund der «Stimme des Volkes» hat Europa ja unter Hitler erlebt. Es ist immer eine fragwürdige Sache, die Stimmen nicht zu wägen, sondern zu zählen. Und es gibt nichts Wandelbareres als «Volksmeinung».

*Mr. Greenwood*, der Sprecher der *Labour Party*, führte aus, dass das Unterhaus entscheiden müsse, ob Menschen, die aus einem noch nicht geklärten Grund heraus homosexuell lebten, ihr Leben im Schatten des Gesetzes und von der Gnade des Erpressers abhängig verbringen sollten. Er selber glaube, dass diese Menschen schon genügend Leid erlitten, als dass man ihr Los noch schwerer machen solle. Er sei aber *Mr. Butler* für sein Versprechen dankbar, dass weitere Forschungsarbeit nach Ursachen und Heilmöglichkeiten der Homosexualität geleistet werden solle.

*Mr. Montgomery Hyde* las folgenden Brief vor, den er einige Tage vor der Debatte erhalten hatte: «Ich will Ihnen nicht vormachen, dass ich gut bin. Wie bei vielen Homosexuellen hat auch über mir der Fluch dieser Veranlagung von allem Anfang an gehangen. Gott im Himmel allein weiss um die Kämpfe, die ich durchgemacht habe — und ich bin nur einer von vielen — und doch verlor ich jeden Kampf. Es scheint mir so unsäglich lächerlich, dass zwei Männer, die den Wunsch haben, ein gemeinsames Heim zu teilen, als Verbrecher und Geschlechtsbesessene hingestellt werden. Ich kenne Männer und Frauen, die viel schlimmere Verbrechen als homosexuelle Betätigung begangen haben, aber die *uns* für schlimmer als Mörder halten. Ich wünschte nur, Sie alle würden dies Thema mit Verständnis behandeln und sich sagen: «Durch die Gnade Gottes allein ist mir dies alles erspart geblieben.» Die Menschen verdammen uns von allen Seiten, aber sie kennen alle die Angst nicht, in der ich leben muss, weil

ich mit dem homosexuellen Kainszeichen geschlagen bin. Ich kann es ebenso wenig loswerden, wie ich mich von Krebs befreien kann.»

*Mr. Hugh Linstead*, konservativ, der dem Wolfenden Komitee angehört hat, wies noch einmal darauf hin, dass das heute in England bestehende Gesetz gegen Homosexualität auf etwas merkwürdige Weise überhaupt Geltung erhalten habe. Die Rechtfertigung eines Strafgesetzes müsse vier Grundlagen haben: es müsse vorbeugend, erziehend, abhaltend oder vergeltend sein. Der englische Strafparagraph gegen Homosexuelle wäre keines dieser vier Dinge. Das gesellschaftliche Ziel der Empfehlungen des Komitees wäre gewesen, die Mehrzahl der Homosexuellen auf die Seite des Gesetzes zu bringen im Gegensatz zu jenen, die Minderjährige bevorzugten oder öffentliches Aergernis erregten.

*Mr. Bellenger*, Labour, wies die Empfehlungen des Wolfenden Reports zurück. Diejenigen, die diesen «Kult» betrieben, wären gleich einem böartigen Geschwür in der Volksgemeinschaft und wenn man dieses Geschwür wachsen liesse, würde es zuletzt das normale Leben vernichten. «Ich glaube nicht an diese eingebildete Gerede von der «Liebe und Neigung für einen anderen Mann», sagte er. Er bedauerte, dass es seit einigen Wochen in London erlaubt sei, Stücke aufzuführen, in denen das Thema der Homosexualität vorkäme. Vielleicht würden dann auch solche Stücke im Fernsehen Schaden anrichten.

*Mr. Shepherd*, konservativ, erklärte sich als Gegner der Vorschläge zur Aenderung, aber er hätte sich dann viele Mühe gegeben, sich mit dem Problem der Homosexualität zu beschäftigen und als Ergebnis sei er wesentlich ratloser als zuvor. Er führte aus, dass zwei Männer, die er kannte, in nüchternem Zustande normal seien, aber unter dem Einfluss von Alkohol homosexuelle Neigungen zeigten. Dies sei ihm ein Beispiel, dass man durch Kontrolle und Disziplin eine gewisse Herrschaft über diese Neigungen erringen könne und diese Individuen sollten auf die eine oder andere Weise eine maximale Disziplin in ihren Neigungen lernen. Ein Londoner Schauspieler hätte ihm erzählt, dass er schon lange auf den führenden Bühnen Londons aufgetreten wäre, wenn er sich homosexuell betätigt hätte. Dadurch stiege man oft die Leiter hoch, im Geschäftsleben und vielleicht auch in der Politik.

*Mr. Dance*, konservativ, sagte, viel zu viele Menschen lebten sich in die Gedankengänge eines Homosexuellen ein, anstatt an den Widerwillen zu denken, den er Millionen anständiger Menschen einflösste. Ausserdem sei die Homosexualität die Ursache zum Zusammenbruch des Römischen Imperiums und des Nazi-Reiches gewesen. (Hierzu äusserte sich bald ein Leser im «Spectator». Er schrieb: Es würde mich nicht überraschen, wenn alles, was dieser Abgeordnete von Hadrian [Dichter, Philosoph, Feldherr, Reichsverwalter von genialem Mass] weiss, die Tatsache ist, dass er den Hadrianwall gebaut hat, und dass es dem Abgeordneten völlig unbekannt ist, dass Hadrian Antinous «vergöttert» hat. Bei all diesen Argumenten ist man nur überrascht, dass niemand die These aufgestellt hat, dass homosexuelle Betätigung die Grundursache für das schlechte Wetter war, das wir in diesem Jahr erlebt haben.)

*Dr. Broughton*, Labour, sagte, dass Homosexualität biologisch falsch sei. Falls eine Aenderung des Strafparagraphen käme, würden einige Homosexuelle ihre gleichgeschlechtlichen Gefühle weniger unterdrücken. Das würde vielleicht soweit führen, dass sie ihre gegenseitige Neigung in der Öffentlichkeit zeigten. Er könne sich vorstellen, dass Männer dann Arm in Arm über die Strasse gingen und vielleicht sich sogar an der Hand hielten. Dies sei unnatürlich und ein schockierendes Beispiel für junge Menschen.

(Zu dem obigen Standpunkt erschien schon wenige Tage später im «Spectator» eine Erwiderung von Jeremy Hardy. Er führte aus, dass Biologie eine Wissenschaft sei, deren Aufgabe es wäre zu *analysieren* und nicht zu *richten*. Biologie hätte nichts mit menschlichen Entscheidungen zu tun. Biologisch gesprochen sei ohne Zweifel die Einrichtung der christlichen Ehe mit ihrem Ein-Mann, Ein-Frau System und keinem vorehelichen Verkehr unnatürlich und pervers. Aber wir beurteilen und wertschätzen die christliche Ehe von einem moralischen und nicht von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus und den gleichen Standpunkt sollte man in Hinsicht auf Homosexualität einnehmen.)

*Mr. Douglas Jay*, Labour, unterstützt die Empfehlungen. Weder der Staat noch das Gesetz hätten irgendein Recht, sich ins Privatleben eines Menschen einzumischen, wenn kein Schaden für andere entstünde.

*Mrs. Jean Mann*, Labour, vertrat die Meinung, dass es gut sei, wenn die Presse ausführlich über Prozesse gegen Homosexuelle berichte. Die Presse würde damit den meisten Homosexuellen, die zu Betätigung neigten, einen Todesschrecken versetzen. Sie glaubte, dass Männer mit solchen Neigungen dann sagen würden: «Es ist besser, wenn wir aufpassen».

Der Unterstaatssekretär *Mr. Renton* beschloss die Debatte, aus der wir hier aus Raumgründen nur Auszüge geben konnten. Er führte aus: «Die Regierung steht dem Problem gegenüber, dass sie sich im Falle des Schutzes und der Losprechung der *echten* Minderheit der Homosexuellen einem Anwachsen jener grösseren Gruppe von Homosexuellen gegenüber sieht, deren Wachstum nicht erlaubt sein sollte. Niemand kann voraussagen, ob die Freigabe des mann-männlichen Erwachsenenverkehrs innerhalb des privaten Bereichs nicht die Unordnung noch vergrössern wird. Die Regierung glaubt, dass der Instinkt des grössten Teils der Oeffentlichkeit und der Abgeordneten sich weigert, die Empfehlungen des Wolfenden Reports anzunehmen. Aber es gibt einige Homosexuelle, die sich nicht selbst helfen können, denen aber geholfen werden könne, und die Regierung wird sich überlegen, was man für sie tun kann.»

Damit wurde eine Debatte beschlossen, deren Ergebnis von vornherein feststand. Eine Kommission von dreizehn Männern unter dem Vorsitz von Sir John Wolfenden hatte in jahrelanger Arbeit einen Report ausgearbeitet, auf Grund dessen die Freigabe des Erwachsenenverkehrs empfohlen wurde. Diese Empfehlung wurde von zwölf der dreizehn Komitee-Mitglieder unterstützt und basierte grundsätzlich auf der Erkenntnis, dass Dinge der geschlechtlichen Sphäre zwar Sünde sein könnten, damit aber noch nicht notwendigerweise einer Bestrafung durch das Gesetz unterliegen müssten.

Kurz nach dem negativen Abschluss der Debatte im Unterhaus wurde Sir John Wolfenden vom «Observer» interviewt. Sir John sagte, dass es seiner Meinung nach nur eine Frage der Zeit sein könne, bis sich die öffentliche Meinung der Ansicht seines Komitees anschliessen würde, dass der freiwillige Erwachsenenverkehr nicht mehr länger ein kriminelles Vergehen sein dürfe. Sir John drückte seine Enttäuschung aus, dass die empfohlenen Gesetzesänderungen nicht in Kraft treten werden. Die Mitglieder seines Komitees hätten «vurteilslos, gut informiert und sachlich» ein Problem untersucht, das vor fünf Jahren kaum flüsternd über den Kaffeetassen erwähnt worden wäre. Aus diesem Grunde betrachtete er auch die geleistete Arbeit nicht als vergeudete Zeit und Kraft. Sir John betonte, dass von den vier ausserehelichen Standard Sexualbetätigungen (Unzucht, Ehebruch und gleichgeschlechtlicher Verkehr bei Männern und Frauen) die gleichgeschlechtlichen Akte zwischen Männern vermutlich die

geringsten gesellschaftsschädlichen Folgen hätten. Soweit Sir John Wolfenden selbst.

Nun — die Hoffnungen unserer englischen Kameraden sind für lange Jahre zerschellt. Man wird neue Kommissionen einsetzen, die nach Ursachen und Heilmöglichkeiten der Homosexualität forschen sollen. Ob Mr. Butler weiss, wieviel Homosexuelle aus geschiedenen Ehen stammen? Sollte man nicht lieber erst einmal nach Ursachen und Heilmöglichkeiten für ehebrecherisches Verhalten suchen und es — wie man es mit seinem häufigen Ergebnis: «homosexuelle Kinder» tut, — unter Strafe stellen? Die Debatte im Unterhaus gibt dem Ausländer ein seltsames Bild englischer Moral. Da homosexuelles Verhalten der Moral widerspricht, muss es gesetzlich bestraft werden. Also sind offenbar ausserehlicher Geschlechtsverkehr und Ehebruch moralisch, denn sie stehen nicht unter Gesetzesstrafe.

(Zitieren wir noch eine Stimme aus dem «Spectator», in dem auf ein Epigramm von Leslie Hale Bezug genommen wird: «Das englische Nationallaster ist nicht 'Buggery' (Analverkehr), sondern «Humbugger» (das Reden von Humbug). Aber in Wirklichkeit ist das «vice anglais», wie es die Franzosen nennen, die Flagellation, der Trieb, andere Menschen zu verletzen oder zu erniedrigen. Die Berichte dieser Unterhausdebatte zeigen mindestens so viel Süchtigkeit zu diesem Laster als zu dem des Redens von Humbug. Der *eine* Punkt, bei dem fast alle Redner übereinzustimmen schienen, war, dass man gleichgeschlechtliche Menschen strenger bestrafen solle. Obwohl (wie das bei Sado-Masochisten der Fall zu sein pflegt) einige Uneinigkeit hinsichtlich des Geschlechts und anderer Eigenschaften des Opfers herrschte, die diesen Extra-Schmerz oder die Extra-Strafe bekommen würden. Einen besseren Kommentar als diesen, aus intelligenter englischer Feder geschrieben, kann kaum ein Ausländer geben.)

Unser immer wieder vertretener Standpunkt in der Redaktion hat sich erneut als richtig



erwiesen. In Ländern, in denen diese unsinnigen Paragraphen noch auf Erwachsene Anwendung finden, kann eine Aenderung nur im Rahmen einer *Gesamtänderung des Strafgesetzbuches* erfolgreich sein und auch dann nur, wenn gewichtige Stimmen wie damals bei uns in der Schweiz ihr Wort in die Wagschale werfen. Hoffen wir, dass bei der kommenden Aenderung des österreichischen Strafgesetzbuches so verfahren wird und dass auch in Deutschland wenigstens wieder der mildere Vor-Hitler Paragraph zur Geltung kommt.

Und sind wir unserem eigenen Lande für die relative Freiheit dankbar, die es uns schenkt. Zwei engverbundene Schweizer Freunde können ohne Furcht in Kreuzlingen ein gemeinsames Hotelzimmer beziehen. Fünfhundert Meter weiter in Konstanz oder am anderen Ende des Bodensees in Bregenz müssen sie damit rechnen, von der Polizei verhaftet, vor Gericht gestellt und ins Gefängnis geworfen zu werden. Ein Dieb, ein Mörder, ein Erpresser — sie alle würden mit Recht in Kreuzlingen, in Konstanz und Bregenz gleicherweise bestraft. Aber für Männer, die nichts weiter wollen als friedlich miteinander ihren Neigungen zu leben, bestehen selbst um den kleinen Bodensee herum verschiedene Gesetze.

Wann werden die Einsichten des Code Napoléon unseren Kameraden in Deutschland, Oesterreich und England zuteil werden?

## **Er wird bis zum Ende seines Lebens zahlen müssen**

*Das Urteil gegen Ian Harvey, Englands viertwichtigsten Politiker.*

Ian D. Harvey, 44 Jahre alt, früheres Unterhausmitglied, und der Gardesoldat W. Plaut, 19 Jahre alt, von den Coldstream Guards, erschienen vor dem Richter in Bow Street und bekannten sich schuldig in Hinsicht auf eine Anklage, die ihnen vorwarf, sich im St. James Park in einer Weise benommen zu haben, die geeignet war, gegen den öffentlichen Anstand zu verstossen. Jeder der beiden wurde zu einer Geldstrafe von fünf Pfund (etwa sechzig Schweizerfranken) und dem Tragen der Gerichtskosten verurteilt. Eine Anklage gegen «eine männliche Person, die einen Akt offenkundiger Unanständigkeit mit einer anderen männlichen Person begeht», die ursprünglich gegen beide Angeklagten erhoben worden war, wurde fallen gelassen.

Der Ankläger, Mr. Alastair Morton, führte aus, dass am 19. November, abends 11.45 Uhr, ein Polizist und ein Parkwächter durch den St. James Park gingen, als sie in den Büschen ein Rascheln hörten. Sie leuchteten mit einer Taschenlampe und sahen die beiden Angeklagten unter einem Baume stehen und «sich schlecht betragen». Beide Männer liefen davon, wurden aber gefangen, und Harvey sagte zu dem Polizisten, er sei lediglich «zu einem natürlichen Zweck» dort gewesen.

Der Verteidiger Harvey's, Mr. Geoffrey Lawrence, sagte: «Es ist nicht nötig, zuviel Nachdruck auf ein persönliches Unglück dieser Art zu legen. Jemand, der sich Jahren des Dienstes für England gegenüberieht, voller Fähigkeit und Auszeichnung im öffentlichen Leben, findet plötzlich ein abruptes Ende seiner Karriere im Alter von nur 44 Jahren, zu einer Zeit, da er jede Chance für Erfolg und Auszeichnung in der Zukunft hatte. Für ihn muss es das Ende seiner Hoffnungen sein, zumindestens in der Sphäre des öffentlichen Lebens, und nichts bleibt